

öffentlich

Vorlage zur Behandlung im Jugendhilfeausschuss

Sitzung am 14.07.2014

TOP 4: Kinder- und Jugendkriminalität im Zollernalbkreis – Bericht des Polizeipräsidiums Tuttlingen

A. Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

B. Kosten/Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel werden nicht benötigt (kostenneutral)

Anlagen:

öffentlich

Kinder- und Jugendkriminalität im Zollernalbkreis – Bericht des Polizeipräsidiums Tuttlingen

„Baden-Württemberg ist eines der sichersten Bundesländer mit erneut niedriger Kriminalitätsbelastung. Die Bürgerinnen und Bürger können sich auf die gute Arbeit der Polizei im Land verlassen“, stellte Innenminister Reinhold Gall am 28.3.2014 bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2013 in Stuttgart fest.

Die Häufigkeitszahl lag bei 5.450 Straftaten pro 100.000 Einwohner. Damit liegt Baden-Württemberg weit unter dem Bundesdurchschnitt. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 576.067 Straftaten in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst, mit 2.608 (0,5 Prozent) geringfügig mehr als 2012. Die Aufklärungsquote hat sich auf 58 (2012: 57,7) Prozent leicht verbessert. Der Bundesdurchschnitt liegt regelmäßig bei rund 55 Prozent.

Als besonders erfreulich wertete der Minister den erneuten Rückgang bei den Tatverdächtigen unter 21 Jahren und zwar um 3,4 Prozent (1.962) auf 56.478. Dies sei im Zehnjahresvergleich der Tiefstand.

Die äußerst positive Entwicklung bei der Jugendkriminalität mit sehr deutlichen Rückgängen von über 20 Prozent in diesem Zeitraum und speziell der Jugendgewalt um über 40 Prozent gegenüber dem Höchststand 2007 sei keinesfalls nur auf die geburtenschwächeren Jahrgänge zurückzuführen. Vielmehr lege dieser überaus positive Trend nahe, dass sich die mit langem Atem geleistete polizeiliche Präventionsarbeit auszahle.¹

Ob ein ähnlicher Trend im Zollernalbkreis festzustellen ist und wie sich die Zahlen entwickelt haben, darüber berichtet Herr Gerth vom Polizeipräsidium Tuttlingen, Leiter des Referats Prävention.

Zuletzt wurde hierüber im Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 17.6.2013 (Drucksache JHA-Nr. 11/2013) berichtet.

¹ Quelle Innenministerium Baden-Württemberg 28.3.2014